

Überregionaler Pressespiegel 29.12.2011

Freie Presse | 29.12.2011

Bsirske fordert mehr Geld im Kampf gegen Rechts

Darüber hinaus hält er die Forderung nach einem NPD-Verbot aufrecht

Berlin (dapd). Angesichts der Mordserie von Rechtsextremisten hat der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske mehr Geld im Kampf gegen Neonazis gefordert. Er halte es für geboten, hier eher mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, sagte Bsirske in einem dapd-Interview. Darüber hinaus halte er die Forderung nach einem NPD-Verbot aufrecht. Er finde es unzumutbar, eine Partei mit diesem ideologischen Gepräge aus Steuermitteln zu subventionieren.

Es zwingend, diesen Neonazis aktiv und gewaltfrei entgegenzutreten und ihnen nicht die Straße zu überlassen, mahnte Bsirske. Deshalb unterstütze er ausdrücklich den Aufruf für "Dresden Nazifrei", einschließlich der friedlichen Blockaden der angekündigten Neonazi-Aufmärsche. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/DEUTSCHLAND/Bsirske-fordert-mehr-Geld-im-Kampf-gegen-Rechts-artikel7862345.php>

Neues Deutschland | 29.12.2011 | René Heilig

Zwickau kämpft gegen Neonazi-Image

Die Stadt fühlt sich vom Freistaat Sachsen im Stich gelassen

Zwickau macht sich Sorgen um seinen Ruf. Man fühle sich in Sachen Rechtsextremismus vom Freistaat Sachsen im Stich gelassen.

»Zwickau hat ein rechtes Problem wie jede Stadt in Ost und West in vergleichbarer Größe auch«, sagte Oberbürgermeisterin Pia Findeiß (SPD) am Mittwoch. Das ist gewiss nicht falsch, doch die rechtsextreme Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU), die für zehn Morde, verschiedene Bombenanschläge und Banküberfälle verantwortlich gemacht wird, hat nun einmal Zwickau einen nachhaltigen Stempel verpasst. Hier waren die mutmaßlichen Terroristen Beate Zschäpe (in U-Haft) Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt (beide unter weitgehend ungeklärten Umständen getötet) jahrelang untergetaucht. Von hier aus starteten sie vermutlich zu ihren Morden und Banküberfällen. Hier fanden sie ein recht großes Unterstützerumfeld.

Die erste Frau Zwickaus warnte vor einer Vorverurteilung der mit rund 93 000 Einwohnern viertgrößten sächsischen Stadt. Und: Zwickau fühlt sich - nicht zu Unrecht - durch das Land Sachsen im Stich gelassen. Die Oberbürgermeisterin schaut nach Thüringen, wo die Rechtsterroristen im sogenannten Thüringer Heimatschutz ihre Laufbahn begonnen hatten. »In Thüringen erlebe ich, dass sich dort ein ganzer Freistaat engagiert gegen

Rechtsextremismus, angefangen bei der Ministerpräsidentin«, sagte Pia Findeiß. »Dort habe ich das Gefühl, alle stehen zusammen«, fügte sie hinzu. Über das bisherige Verhalten der sächsischen Regierung sei sie hingegen »traurig«. Nur Innenminister Markus Ulbig (CDU) nahm die Oberbürgermeisterin von ihrer Kritik aus.

Warum? Nun, dessen Ministerium habe signalisiert, dass das Zwickauer Bündnis für Demokratie und Toleranz eine höhere finanzielle Unterstützung erhalten werde. Ihr Wunsch nach Finanzierung einer kompletten Imagekampagne für die Stadt sei vom Freistaat zumindest noch nicht abgelehnt worden.

Zur Imagepflege gehört auch, dass eine städtische Wohnungsgesellschaft das schwer beschädigte Haus gekauft hat, in dem die mutmaßlichen Rechtsterroristen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe zuletzt vermutlich gewohnt hatten. Ganz geklärt ist das noch immer nicht. Im kommenden Jahr soll das Gebäude abgerissen und durch den Ausbau eines Parks ersetzt werden. Findeiß hatte mehrfach auf den vollständigen Abriss gedrängt. Sie sieht die Gefahr, dass Rechtsextremisten sonst daraus eine Kultstätte machen könnten.

So wie Zwickau sich mit den Problemen allein gelassen fühlt, so ähnlich gehe es Sachsen. Das jedenfalls deutet der Ministerpräsident des Freistaates, Stanislaw Tillich (CDU), an. Er sieht rechtsextremistisches Gedankengut als gesamtdeutsches Problem. Er habe manchmal den Eindruck, nur Ostdeutschland werde regelrecht an den Pranger gestellt. »Rechtsextremismus ist aber kein Thema, das nur im Osten Deutschlands oder in Sachsen eine Rolle spielt«, sagte er in einem dpa-Gespräch.

Zugleich räumte Tillich aber ein, dass Länder wie Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern durch die Präsenz der NPD in den Landtagen oder durch rechtsextreme Straftaten bundesweit unter besonderer Beobachtung stünden. Dagegen sei auch nichts einzuwenden. »Ich finde es aber unfair, dass ein ganzes Land und seine Bevölkerung in Mithaftung genommen wird«, sagte der sächsische Regierungschef.

Er bekräftigte zwar den Vorstoß Bayerns und Sachsens für ein neues NPD-Verbotsverfahren, doch über die eklatanten Versäumnisse der sächsischen Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Rechtsextremismus sagte Tillich nichts. Auch sparte er die unverminderten Attacken der sächsischen Justiz gegen jene aus, die sich im vergangenen Februar in Dresden einem rechtsextremistischen Aufzug entgegen gestellt hatten.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/214292.zwickau-kaempft-gegen-neonazi-image.html>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 28.12.2011

scharf links | 28.12.2011

Nicht auf dem rechten Auge blind

Mit der Aufdeckung der mörderischen Aktivitäten der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) Anfang November hat die Gefahr, die vom rechten politischen Spektrum ausgeht, wieder breite Aufmerksamkeit erfahren. Ebenso die Frage nach der Rolle staatlicher Institutionen in den Geschehnissen.

Mittlerweile verdichten sich die Hinweise, dass der Verfassungsschutz (VS) und andere Staatsorgane nicht einfach „auf dem rechten Auge blind“ waren, sondern zumindest Teile des Apparats sehenden Auges die rassistisch motivierten Taten gebilligt oder gar unterstützt haben. Vor allem belegen die Vorfälle erneut, dass der Staat nicht zu einem effektiven Vorgehen gegen Neonazis und deren Strukturen in der Lage ist.

Sowohl die nachträgliche Berufung auf „Ermittlungsspannen“, wie auch „Einzeltäter_innen“-Theorien* in Bezug auf faschistischen Terror haben in der Bundesrepublik Tradition. Der Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest am 26.09.1980 bei dem 13 Menschen getötet und über 200 verletzt wurden, gilt bis heute offiziell als Tat eines Einzelnen, aus Frust über eine nicht bestandene Prüfung. Dass dieser kurz vor dem Anschlag noch von Augenzeug_innen in Begleitung gesehen wurde und Mitglied der rechtsradikalen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ war, spielte bei den Ermittlungen so gut wie keine Rolle.

Überraschender als die Tatsache, dass Faschist_innen zu brutalen Morden fähig sind, sind heute die deutlichen Hinweise auf direkte Verstrickungen von staatlichen Mitarbeiter_innen in die Verbrechen.

Das letzte bekannte Opfer, Halit Y., wurde 2006 in einem Kasseler Internet-Café erschossen. Wenige Minuten vorher surfte ein hessischer VS-Beamter an einem der Rechner. Er geriet ins Visier der Ermittler_innen, weil er sich als einziger der Anwesenden nicht als Zeuge gemeldet hatte. Obwohl er in seinem Heimatdorf den Spitznamen „Kleiner Adolf“ trägt und den Fahnder_innen seine rechte Gesinnung bekannt war, wurden die Ermittlungen gegen ihn eingestellt. Stattdessen wurde in diesem und anderen Fällen in Richtung „Streitigkeiten im kriminellen Milieu“ ermittelt, wodurch die Opfer posthum zu Verbrecher_innen gestempelt wurden.

Im abgebrannten Wohnmobil, in dem die Leichen der beiden NSU-Mitglieder Uwe Bönhardt und Uwe Mundlos gefunden wurden, befand sich auch ein „offiziell gefälschter“ Pass, den normalerweise nur Personen erhalten, die von staatlicher Seite mit einer falschen Identität ausgestattet werden. Bislang ist ungeklärt, wie genau Mundlos an ein solches Dokument gelangen konnte. Beate Zschäpe, das einzige noch lebende Mitglied des Nazi-Trios, stand nach neuesten Hinweisen ebenfalls zeitweilig als V-Frau auf der Gehaltsliste des VS.

Auch der heute für den rechten Ares-Verlag publizierende, ehemalige Thüringer Verfassungsschutzleiter Helmut Roewer steht für die Verknüpfung von Staatsorganen und Neonazis.

Roewer war es, der den Anführer des faschistischen „Thüringer Heimatschutzes“ Tino

Brandt bereits Anfang der 90er als V-Mann angeworben und ihn für seine „Informationen“ mit 200.000 DM belohnt hatte. Dass dieses Geld direkt zur Finanzierung von faschistischen Strukturen genutzt wurde, ist keine Mutmaßung, sondern eine von Tino Brandt selbst propagierte Tatsache. Aus den dadurch unterstützten Strukturen des „Thüringer Heimatschutzes“ gingen auch die Terrorist_innen des NSU hervor.

Verfassungsschutzleiter Roewer trat während seiner Amtszeit auch öffentlich im Ludendorff-Kostüm mit Pickelhaube auf – was ihm unter Kolleg_innen lediglich einen Ruf als Exzentriker einbrachte. Dass der Verfassungsschutz gerade unter Roewer eher Antifaschist_innen statt Neonazis als Gefahr darstellte, verwundert nicht. Seine Amtszeit endete erst 2000 nach zahlreichen Affären. 2008 wurde das Verfahren gegen ihn wegen „Verhandlungsunfähigkeit“ eingestellt.

Die regelmäßigen „Ermittlungsspannen“ im Zusammenhang mit den rechten Attentaten werden vom VS heute unter anderem damit begründet, dass sich das Aufgabengebiet seit „9/11“ bei sinkenden Mitarbeiter_innenzahlen erweitert habe. Gleichzeitig stehen den Staatsorganen jedoch genug Mittel zur Verfügung, um bei einer antifaschistischen Demonstration im Februar dieses Jahres in Dresden zehntausende Handys von Antifaschist_innen und Journalist_innen zu überwachen. Oder in Berlin zeitweise 600 Beamte einzusetzen, um nachts „linke“ Autobrandstifter_innen zu suchen. (Keine bisher ermittelte Tatperson ist Teil des linken Spektrums.) Überspitzt gesagt: Der deutsche Staat schützt eher Autos von Deutschen, als das Leben von Migrant_innen.

Offensichtlich ist zumindest die jahrelange „fahrlässige“ Strafvereitlung bei faschistischen Morden, denn nichts Anderes sind die hier aufgeführten „Ermittlungsspannen“.

[http://www.scharf-links.de/47.0.html?
&tx_ttnews\[tt_news\]=20869&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=a3007f4fbb](http://www.scharf-links.de/47.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=20869&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=a3007f4fbb)
